

Medienmitteilung

Transparenzinitiative: Parlament einigt sich in wesentlichen Punkten auf Gegenvorschlag

Endlich mehr Licht in die «Dunkelkammer Politikfinanzierung»

Bern, 31. Mai 2021 – In der Debatte zur «Volksinitiative für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung (Transparenzinitiative)» ist heute der Ständerat den Vorschlägen des Nationalrats in bedeutenden Punkten gefolgt. Für Transparency Schweiz ein wichtiger und insgesamt erfreulicher Entscheid: Damit ebnet das Parlament den Weg, damit auch die Schweiz – als einer der letzten Staaten Europas auf nationaler Ebene – endlich für mehr Transparenz bei der Politikfinanzierung sorgt. Zu bedauern ist hingegen, dass die Mehrheit im Ständerat die Finanzierung ihrer eigenen Wahlkampagnen weiterhin geheim halten will. Falls der Nationalrat dem zustimmt, werden die Kantone gefordert sein, dies durch die eigene Gesetzgebung rasch zu korrigieren.

Mit dem heutigen Ständerats-Entscheid hat sich das Parlament im Wesentlichen auf einen Gegenvorschlag geeinigt, der wichtige Anliegen der Transparenzinitiative aufnimmt. Als Kompromisslösung begrüsst Transparency Schweiz diesen für die Schweiz wichtigen Entscheid und wird einen Rückzug der Volksinitiative durch das Initiativkomitee unterstützen, sofern das Parlament in der Schlussabstimmung der Session den Gegenvorschlag in der heute vorliegenden Fassung verabschiedet. Sehr zu bedauern ist allerdings, dass der Ständerat, anders als die Volksinitiative und der Nationalrat, die Ständeratswahlen von der Transparenz-Pflicht ausnehmen will. Zudem können mit dem gegenüber der Initiative höheren Transparenz-Schwellenwert von 15'000 Franken bedeutsame Spenden weiterhin geheim bleiben. Immerhin sind aber künftig zumindest die grössten Spenden offenzulegen, ebenso wie gewichtige Kampagnenbudgets für Nationalratswahlen und eidgenössische Abstimmungen.

Zum heutigen Ständeratsentscheid sagt Martin Hilti, Geschäftsführer von Transparency Schweiz:

«Transparenz über die Politikfinanzierung ist eine unverzichtbare Voraussetzung für eine zeitgemässe Demokratie und für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik. Dank der von Transparency Schweiz mitgetragenen Volksinitiative hat sich das Parlament nun zu einem wichtigen Schritt für mehr Transparenz entschieden. Damit wird auf Bundesebene eine Schwachstelle in der Schweizer Demokratie zumindest teilweise verbessert. Bleibt es beim heutigen Entscheid, sind die Kantone gefordert, durch eigene Regeln auch für die Ständeratswahlen die geheime Wahlkampf-Finanzierung abzuschaffen. Gleiches gilt für die übrigen kantonalen Wahlen und Abstimmungen. Die Bürgerinnen und Bürgerinnen aller Kantone müssen endlich das Recht haben, mehr darüber zu wissen, wer mit welchen finanziellen Mitteln auf ihre Meinungsbildung Einfluss nimmt.»

Medienkontakt:

Martin Hilti, Geschäftsführer
Transparency International Schweiz
Tel.: +41 (0)31 382 35 50
E-Mail: martin.hilti@transparency.ch

###

Transparency International Schweiz («Transparency Schweiz») ist die Schweizer Sektion von Transparency International, der weltweit führenden Nichtregierungsorganisation im Kampf gegen die Korruption. Transparency Schweiz engagiert sich für die Prävention und Bekämpfung von Korruption und Geldwäscherei in der Schweiz und in den Geschäftsbeziehungen von Schweizer Akteuren mit dem Ausland. Transparency Schweiz leistet Sensibilisierungs- und Advocacy-Arbeit, erarbeitet Berichte und Arbeitsinstrumente, fördert den Austausch unter spezifischen Interessengruppen, arbeitet mit anderen Institutionen zusammen und nimmt Stellung zu aktuellen Vorkommnissen. www.transparency.ch